

Bezugspreis

Ihre Halle vierteljährlich 2.50 M., bei
jährlicher Zustellung 7.75 M., durch
die Post 8.25 M., einschließlich Zustellungs-
gebühren. Bestellungen werden von allen
Reichspostämtern angenommen.
Im ausländischen Zeitungs-Bezugspreis
sind "Saale-Zeitung" eingeschlossen.
Für monatliche eingehende Nummern
wird keine Gewähr übernommen.
Abnahme nur mit Zusage: Angabe:
"Saale-Zg." gefordert.

Verleger: der Verlag W. 2335; der
Redaktion W. 2333; Geschäftsstelle W. 176;
Abendgeschäftsstelle (Markt 34) W. 2302.

Saale-Zeitung.

Wachstumsreichster Jahrgang.

Anzeigen

werden die Stellenliste oder deren
Kann mit 30 Pfg., solche aus Halle mit
20 Pfg. berechnet und in der Geschäfts-
stelle, von unseren Annoncenstellen
und allen Annoncen-Expeditionen an-
genommen. Bestellen die Seite 75 Pf.
Erhöht höchstens 10 Pf.;
Sonntags und Montags einmal,
sonst zweimal täglich.
Schriftleitung und Haupt-Geschäfts-
stelle: Halle, Gr. Brauanstraße 17;
Abendgeschäftsstelle: Markt 24.

Nr. 540.

Halle a. d. Saale, Donnerstag, den 17. November

1904.

Generalfreist und Evolution.

In der sozialdemokratischen Presse wollen die Erörterungen
über die Möglichkeit der Zusammenfassung eines internationalen
Generalfreist nicht mehr verstummen. Der große
„Kaiserkrampf“ Webers feiert in dem neuesten Stufe der
Generalfreist eine Aufwertung in stark verklärter Form.
Der Sozialdemokratie ist es gegangen wie allen anderen
Parteien. Aus den ehemaligen Stürmern und Drängern
der Bewegung sind alle Leute geworden, die das Leben
und speziell die Zukunft mit erheblich anderen Augen, jeden-
falls aber nicht so rosig ansehen wie „einmal im Mai“.
Manche von ihnen hat der große Wahlerfolg vom 16. Juni
wieder erdrückt als erfreut. Nun muß sich alles, alles
wenden, denken die sozialistischen Wähler. Aber die Führer
legen in halber Verzweiflung selber den Hemdriß an den
sozialdemokratischen Parteimägen. Das rote Geheiß zeigte
sich auf dem Dresdener Parteitag in einer benageligen Ver-
leumdung, die allgemeine Heiterkeit erregte, und auf dem
Dresdener Parteitag schaute die Angst der Herren Propagandisten
im Zylinder, es würde innerhalb der Sozial-
demokratie zu einem „Glaslo“ kommen, ähnlich wie das, das
man so früh war. Die Wähler sind ruhig geworden. Andere
Zeiten, andere Ideale! Unsere sozialdemokratische Partei
von Regierungsspielen, speziell von Bismarcks Gnaden - er hat
ja von Reichswegen das Wahlrecht in den Spieß ge-
steckt, das sie niemals sich allein erkämpft hätte, wie Jaurès
genau richtig bemerkte - trägt so viel charakteristisch Spieß-
bürgerliches an sich, daß man sie ruhig gewähren lassen
kann. Sie hat längst eingesehen, daß sie ebenso wenig wie
andere Parteien die gebrauchten Tauben ausfindig machen
kann, so daß das Volk nur den Mund aufsperrten brauchte,
um sich daran satt zu essen. Sie ist behutsam geworden
und diplomatisch zugleich. Sie diskutiert nicht mehr das
Thema, ob Revolution oder nicht. Sie begnügt sich mit der
Erörterung des Generalfreist. Und, was das besondere
Merkmale dieser Erörterungen ist, sie will selbst da von
heutzutage nichts mehr wissen. Männer wie der Abgeordnete
Dr. Friedberg, der die Frage in Bremen und sonst propa-
giert, werden als nicht ganz richtig in den politischen Tönen
geworfen werden. Die Art und Weise, wie man jetzt diese
Angelegenheit von sozialdemokratischer Seite behandelt,
zeigt, wie allgemein das Vertrauen, wie gering die Hoff-
nungen, wie klein die Aufgaben geworden sind und wie
wenig Kraft sich die Sozialdemokratie überhaupt zutraut.
Man muß das hervorheben, die um der Politik der „Kaiser-
krämpfer“ Parteien, die eine Sozialistenpolitik künstlich
herbeizuführen möchten, um ihre Sonderregeln zu verwirklichen,
erfolgreich entgegen wirken zu können.

Das pure Phantasma, was sich vielfach in der deutschen
Journalistik, speziell aber in der sozialdemokratischen Presse
breit macht, muß vor den Tatsachen der deutschen Ge-
schichte verschwinden, die der sozialdemokratischen Bewegung
und den sozialdemokratischen Forderungen zum Trotz in eine
starke evolutionistische Politik eingestiegen und auf diesem
Gebiete große Erfolge errungen hat. Es ist nötig, immer
wieder an Bismarck zu erinnern, der im Jahre 1882 er-
klärte: „Sozialistisch sind viele Maßregeln, die wir getroffen
haben und etwas mehr Sozialismus wird sich der
Staat bei unheimlicher Überzahl angewöhnen müssen.
Wir werden“ führte er aus, „den Bedürfnissen auf dem
Gebiete des Sozialismus reformierend entgegenkommen
müssen, wenn wir dieselbe Beibehaltung beobachten wollen, die in
Preußen die Stein- und Hardenbergsche Gesetzgebung bezüglich
der Emancipation der Bauern beobachtet hat. Ich freue
mich, daß es so gekommen ist, daß man diesen Sozialismus
genießt hat; wir haben dadurch einen sehr wohlhabenden,
reichen Bauernstand erhalten und ich hoffe“, so erklärte
Bismarck weiter, „wir werden mit der Zeit ähnliches
für die Arbeiter erreichen - ob ich es erlebe, kann
ich bei dem allgemeinen prinzipiellen Widerstande, der mir
auf allen Seiten entgegentritt, und mich ermüdet, nicht
wissen. Aber sie werden genötigt sein, dem Staate ein
paar Tausend soziale Danks in Mesepte beizufügen,
wie viel, weiß ich nicht, aber es wäre meines Erachtens eine
grobe Vernachlässigung der Pflichten der Gesetzgebung,
nicht erkennen zu lassen, daß die Arbeiterfrage
nicht erlösen würde. . . . Wenn Sie glauben, mit dem
Worte „Sozialismus“ jemand Schreden einflößen zu können
oder Schrecken zu zittern, so stehen Sie auf einem Stand-
punkte, den ich längst überwinden habe und dessen
Ueberwindung für die Reichsgeschichte durchaus
nicht notwendig ist.“

Das sagte Bismarck zu einer Zeit, wo das Geseß der
sozialdemokratischen Revolution in allen glühenden Farben
lebhaft an die Wand gemalt wurde, als noch die Arbeit und
Gewissen an die Bewältigung ihrer phantastischen Träume
glaubten, die sich seitdem von Jahr zu Jahr und jetzt bis
zu menschenliche hinausgeschoben hat. Jetzt, wo das, was
in der Sozialdemokratie schimmernd auf die Masse wirkte,
sich als Narben erweisen hat, und die Partei keinen anderen
Werkzeug mehr besitzt als den, den sie dem liberalen
Prinzipiengeheimnis entnimmt, beginnt die Welt allmählich ein-
zuweichen, wie tiefend Bismarck trotz des damaligen ge-
schichtlichen Augenblicks der Tatsachen geurteilt hat, wie richtig
das Programm gewesen ist, das er aufstellte, und daß es
für die heutige Zeit noch mehr gilt, als für die damalige.
Alles, was man von der „Souveränität des Propagandisten“,
vom „Abkündigen der Revolution“ und anderen märchen-
haften Aenderungen auf sozialdemokratischer Seite findet,
beweist wie ein Hauch bei einer nichternern Betrachtung der

Dinge. Das verschweigen die sozialdemokratischen Führer
längst selbst nicht mehr, zumal jetzt, nach den Lehren von
Einnützigkeit und wo so viele ausländerische Beispiele ab-
schrecken. Wie ist doch der Eisenbahnstreit in Ungarn im
April dieses Jahres glatt hinweggeglitten worden durch Tiszas
Standhaftigkeit; was hätte der Eisenbahnstreit in Holland
im Jahre 1903, der Generalfreist in Belgien im Jahre 1902
und der italienische Generalfreist im September dieses
Jahres für Erfolge gehabt? Spezial Italien! Die sozial-
istische Partei hatte in Italien direkt nach dem Generalfreist
den Wahlkampf durchzuführen; sie hatte also die
günstigste Gelegenheit, nun nach dem „Vorpurschritt“,
nach dem „Präliminam“ Ernst zu machen. Aber der radikal-
sozialistische Sozialismus ist bei den italienischen Wahlen völlig
zusammengebrochen und die gemäßigten Reformsozialisten
konnten nur mit bürgerlicher Hilfe und außerdem bloß in
geringer Anzahl gewählt werden. Das war die Probe
aufs Gemetel. Sie ist gänzlich zu Ungunsten der Sozial-
demokratie ausgefallen. Infolge solcher Erfahrungen und Bei-
spiele weicht die Generalfreist in Deutschland selbst-
ständig immer mehr abwärts, und wenn sich jetzt ange-
hendigenmaßen die sozialdemokratischen Generalfreist mit
der Erörterung der Frage befaßt werden, so wird sie gewiß,
und der „Vorwärts“ weist bereits darauf hin, nicht zugunsten
der Propagierung des Generalfreist ausfallen.

Ein Va banque-Spiel wie der Generalfreist würde eine
kolossale Katastrophe beschreiben, aber nicht eine Kata-
strophe der bürgerlichen Welt, oder des Staates, sondern
eine Katastrophe der Arbeiterwelt selbst. Es war im
Bauernkriege nicht anders. Nach den Bauernkriegen
war die Kreditkraft eine größere als vorher. Nach dem
Generalfreist würde die Arbeiterwelt unter der maßlosen
Entwertung der Unternehmerschaft zu leiden haben, die
früherer jahrenlangelangen friedlichen Emancipations-
bewegung würden vermindert sein, die wirtschaftliche und
politische Entwertung würde dann erst beginnen. Eine
freie wohlhabende Arbeiterwelt, das Ideal Bismarcks,
ist nur auf dem vom Staate beschrittenen Wege
sozialreformatorischer Gesetzgebung zu erreichen. Um so eher
aber wird diesem Ziele Erfüllung winken, je mehr sich die
Arbeiterwelt in den Dienst der staatlichen Entwicklung und
der Staatsaufgaben stellt, je weniger sie sich laienmäßig
absondert, je mehr sie friedliche Fühlung gewinnt mit den
Trägern der Staatsgewalt. Daß das nicht durch revolutionäre
Mittel gelingen kann, nicht durch den kindlichen Versuch
der Herbeiführung einer wirtschaftlichen Krise, deren Folgen
sich zuerst beim Arbeiter selbst unangenehm fühlbar machen
müssen, bedarf wohl keines weiteren Beweises. Der Weg,
der der Arbeiterwelt allein Erfolge bringen kann, ist ihr
selbst Bismarck gewesen. Wenn sie ihn nicht betritt,
ist es hauptsächlich ihr Schade. Diese Erkenntnis muß sich
eines Tages Bahn brechen, niemals wird es möglich sein,
eine Wahrheit auf die Dauer zu unterdrücken oder zu
ignorieren.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

— Das Volkstheater des Prinz-Regenten Lustpold
gibt, wie aus München berichtet wird, von Woche zu Woche zu
immer größerem Bedenken Anlaß.

Deutsch-Südwestsafrika.

— Der als Gouverneur für Deutsch-Südwest-
afrika in Aussicht genommene Generalmajor in Kapstadt,
V. Lindemann, war von 1894 bis 1900 in Deutsch-Südwest-
afrika tätig als Richter, Oberichter und Stellvertreter des
Gouverneurs. Die „Südw. Ztg.“ verlangt für den neuen
Gouverneur unbedingtes Vollmacht für die Verwaltung Südwest-
afrikas. Der Gouverneur muß Herr in der Kolonie sein,
damit kein Dualismus zwischen Zivilverwaltung und Militär
aufkomme. Der neue Gouverneur soll auch darüber entscheiden,
ob nach Bewältigung des Hereros-Aufstandes die Kamboos im
Norden der Kolonie unterworfen werden sollen.

Vollstills.

— „Erlt sollen sie den Kanal schlücken, die sie die
neuen Bälle tragen.“ Die Erörterung an die angeblüh von
einigen Jahren geflossene Neuerung wird wadgerissen durch
einigen Artikel der „Staatsbürgerzeitung“. Wenn dieses Rich-
tenkennzeichen über die Verhältnisse der Kaufmannschaft recht unter-
richtet ist, befinden sich die konservativen Managere gegen-
wärtig in ähnlicher Stimmung, wie vor zehn Jahren, als aus
agrarischer Munde das Wort geprägt wurde: „Ohne
Stank, keine Röhne.“ Die „Staatsbürger-Zeitung“
schreibt nämlich wörtlich:

„Die Konzeptionen werden die Kanalvorlage erst dann an-
nehmen, wenn die neuen Handelsvertreter einen
ausreichenden Gehalt der nationalen Mittel, insbesondere der
Landwirtschaftlichen, bringen. Bei der Verabschiedung
solcher Handelsverträge wird die Regierung ihren Kanal
nicht erhalten; sollte sie die Handelsverträge verabschieden
und vorher noch auf die Entscheidung in Sachen Kanal-
vorlage dringen wollen, so wird sie sich eine neue
Vertragslage holen. Diesen Verkehr dürfte Herr
v. Lindemann ausführen; wohl auf dem Umwege aber des
Kreuzhans bereits erhalten haben.“

Strom im Mai wurde von konservativer Seite die Ansicht
ausgesprochen, die Entscheidung über den Kanal möglichst hinaus-
zuschieben. In den ersten Tagen des Monats Mai schied ein
konservativer Abgeordneter. „Die jetzt so sich gänzlich Wähler
werden bereits wanken und a fallen, bis die Kanals-
mission ihre Arbeiten beendet. Die Entscheidung
wird aber auch dann noch nicht fallen.“ Wenn der Schluß
legitim im höchsten Interesse, werde die Verträge zwischen dem
Kreditinstituten und dem Herrschen ein- oder mehrmals hin

und her wandern, so daß wieder der Frühling ins Land
kommen werde, die die letzte Entscheidung zu erwarten sei.
— Der sozialdemokratische Parteivorstand beruft im „Vor-
wärts“ den Parteitag der Sozialdemokratie in
Preußen auf den 23. bis 30. Dezember nach Berlin ein.

Wirtschaftspolitisch.
— In den deutsch-österreichischen Handels-
vertragsverhandlungen wird der „Germ.“ gemeldet,
daß die Verhandlungen, trotz der deutschösterreichischen
Gehand durch die beherrschenden neuen Forderungen Österreichs,
langsam sich erheben zu müssen. Insbesondere beruhe auf
deutscher Seite eine gewisse „Hilfsmittel“.

Verwaltung und Reichspost.
— Das Oberlandgericht Hanau legte den Termin für die
Vernehmung der Beschuldigungsgruppe in der Hibernia-
Angelegenheit gegen das Urteil des Landgerichtes Vöckum
auf den 19. November fest.

Gerr und Militär.
— Zur neuen Militärvorlage wird in verschiedenen
auswärtigen Blättern angeführt, daß die Zahl der Esdranden
zu Pferde von 17 auf 33, also um 16, vermehrt werden
soll. Diese Vermehrung wird damit begründet, daß die Säuger
zu Pferde als Meldeverfahren bestimmt seien, zur Auffklärung
und zur Erleichterung der Verbindung zwischen verschiedenen
Truppenteilen. Ein hochförmlicher Abgeordneter aber, der
nichts weniger als ein starker Kritiker dem Militärwesen
gegenüber ist, äußerte, daß nach seinen Beobachtungen die
Säuger zu Pferde bei den großen Märschen hauptsächlich dazu
bestimmt seien, den höheren Offizieren ihre Mäntel auf-
zu bewahren.

— Kaiserliche Marine. Der Mölminstertransport für „Müve“
ist mit dem Reichspostdampfer „Egypht“ am 14. November
in Port Said eingetroffen und hat am 15. November die Reise
über Suez nach Aden fortgesetzt. „Bufford“ ist am 14. Nov.
in Aden eingetroffen und geht am 21. November von dort nach
Süden. „Sittig“ ist am 15. November von
Süden nach Aden abgegangen. „Friedrich Kratz“ und
„Kranich“ sind am 14. November von Süden nach Aden
auf See gegangen. „Zieten“ ist am 18. November in
Süden eingetroffen und am 15. November wieder in See
gegangen.

Kolonialen.
— In Kamerun ist, wie über Liverpool gemeldet wird, eine
deutsche Handelsgesellschaft zum Zweck des Handels
mit dem Tschadseegebiet gebildet worden.
— Der Gouverneur von Samoa Dr. Solf wird nach
der „Nationalztg.“ demnächst einen Urlaub nach Deutschland
antreten.

Ausland.

Andrés Kräft.

Die Demission Andrés wurde die Ernennung des De-
putierten Vertreas zum Kriegsminister werden amtlich bekun-
gegeben. Das vom Dienstag datierte Schreiben, in dem
Kriegsminister General Andrés dem Präsidenten Lobet
seinen Rücktritt mitteilt, lautet:

Respected Herr Präsident! Die letzten parlamentarischen
Zwischenfälle zeigen, daß die Feinde der Republik mehr als je
entfesselt sind. Ich bin zu launig gegen die Regierung, die
höchstens mit ebenbürtigen Generalen wie Folge die Spitze geboten
hat. Es scheint mir, daß der Anteil, den ich bei dieser Auf-
gabe hatte, - der ich mich als fünf Jahre unablässiger Arbeit
gewidmet habe - nicht zu einem ganz besonderen Ziel der
Stärke dieser Feinde gemacht hat. Man wird mir die
Gerechtigkeit erweisen, daß eine solche Ansicht nicht dazu an-
reizen würde, mich zu entziehen; indessen habe ich zu viel
hohen Ehrgeiz, und bin zu hoch auf mein Werk und habe zu
viel Liebe zum Vaterlande und zur Republik, als daß ich mich
nur eine Minute lang die Hypothese annehmen könnte, daß ich
eine Ursache zur Unmöglichkeit in der republikanischen Arbeit
sein könnte. Andererseits hat die Einfachheit dieser Majorität
das Kabinett Waldes-Houssien und das Kabinett Combes vor
den Gefahren gestellt, die sie zu bestehen hatten, und dank
ihrem Entschluß wird die republikanische Partei die Aufgabe
vollend, in der meine Kräfte zu widmen mein Glück gewesen
ist. Gestatten Sie mir in dem Augenblick, wo ich von Ihnen
Abschied nehme, an Sie meinen Dank für alle befreundeten und
unbequemten Freunde zu richten, die von überall in Frankreich
her mir bei den letzten Wählungen zu stehen und warm ihre
Sympathie bezeugt haben. Mögen Sie wissen, daß ich in dem
Vaterland mit glühender Liebe meine unerschütterliche, absolute
Sinnge und Treue zu Frankreich, zur Rime und zur Republik,
und daß ich auf diese drei all mein Leben verleihe.

Als Ministerpräsident Combes Escomod vormittag das
Demissionsschreiben des Generals Andrés erhielt, ging er ins
Kriegsministerium und hatte dort eine lange Besprechung mit
Andrés. Sodann begab sich Combes zur Sitzung des Minister-
rats und teilte demselben den Entschluß Andrés mit. Der
Ministerrat gab seinem Bedauern über diesen Entschluß Aus-
druck, und beschloß, das Posteskreuz des Krieges dem sozia-
listisch-radikalen Deputierten Vertreas, seit 1879
Minister an der Kaiser Hofe, anzubieten. Vertreas hat das
Posteskreuz angenommen. Er war im Jahre 1892 Reichs-
deputierter für das Kreisgebiet und war auch für dieses Jahr
dazu in Aussicht genommen.

Aber den Eindruck, den die Demission des Kriegsministers
Andrés in den Kreisen der Deputierten hervorgerufen hat, wird
berichtet: Die Radikalen sind von der Demission Andrés be-
friedigt, da sie annehmen, daß das Ministerium hierdurch die
Entwertung erfahren werde, was die Ministerium hierdurch die
differenzierenden Radikalen auszuweichen werde. Die Republik-
nerken brechen ihre Gegenangabe darüber aus, daß sie durch die
Ernennung haben. Sie äußern ferner die Ansicht, daß die
Erteilung des Posteskreuzes trotz des Rücktritts Andrés erfüllter
bleibe.

